

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 10

Buchbesprechung: So funktioniert die ERG : zwei Publikationen des Institutes für Sozialethik
Autor: Magri, Jules

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das ganze juristisch-vertragliche Tamtam gemacht werden müsste, so würden die Exporte von atomaren Gütern aus der Schweiz sehr kompliziert. Und dies ist die schweizerische Befürchtung: Sie wäre so kompliziert, dass es die Ägypter verlassen könnte, die notwendigen Güter *nicht* in der Schweiz zu bestellen. Aus dieser Befürchtung heraus wird jetzt also ein Vertragswerk veranlasst, das *alle* zukünftigen Lieferungen von nuklearen Gütern regelt.

Die Absicht wird in der Botschaft des Bundesrates auch klipp und klar genannt: «Unseren Exportinteressen kommt der Vertrag insofern entgegen, als er mit der generellen Regelung der Lieferbedingungen die zeitaufwendigen Verfahren, die sonst bei jedem einzelnen Kooperationsfall ohnehin nötig wären, erspart und damit unsere Industrie die gleichen Zugangschancen zum umfangreichen ägyptischen Nuklear-energieprogramm verschafft wie sie ihre Konkurrenz aus Staaten hat, welche mit Ägypten bereits ein nukleares Kooperationsabkommen abgeschlossen haben.»

Diese Absicht ist entwicklungs-politisch problematisch und ethisch zweifelhaft. Atomkraftwerke in Ägypten stillen nicht die Grundbedürfnisse der armen Menschen, sie sind kaum ange-tan, die Situation der Menschen-rechte zu verbessern und vor al-lem werden sie nicht die Eigen-ständigkeit vergrössern. Im Ge-genteil.

Es liegt an uns, unsere Bedenken in der Öffentlichkeit und in der Politik bemerkbar zu machen. Wir können nicht zusehen, wie der Bund mit der einen Hand Entwicklungshilfe leistet und mit der anderen Hand sich an ei-nem gigantomanischen Werk beteiligt, das die bescheidenen Ansätze einer Entwicklung von unten zertrampft.

Noch ist die Atomzusammenarbeitsvorlage nicht entschieden. Im Oktober geht sie in die vorberatende parlamentarische Kommission und im Dezember sehr wahrscheinlich ins Parlament.

Schlussbemerkung

Die Vertreter von Exportwirtschaft und Banken gestehen den entwicklungspolitischen Organisationen zwar eine ehrenwerte Absicht zu, betrachten uns aber als naiv und unwissend. Ihr bereits erwähntes Hauptargu-ment: Im Konkurrenzkampf muss eben jeder für sich selber schauen. Dagegen möchte ich mich wehren: Eine ethische Hal-tung in der Aussenwirtschaftspolitik ist volkswirtschaftlich nicht blauäugig, im Gegenteil. Ich möchte dies an einem Bei-spiel zeigen:

Die Schweiz hatte sich an der brasilianischen Gigantomanie beteiligt und der ausländischen Konkurrenz den Happen wegge-schnappt. Kurzfristig hat die schweizerische Industrie von den Milliardenaufträgen profi-tiert. Aber jetzt herrscht Katzen-jammer. Die Gigantomanie hat einen Schuldenberg von 100 Milliarden Dollar hinterlassen, der die Wirtschaft des Landes lähmt. Dies hat Rückwirkungen auf die Schweiz: So sind die bra-silianischen Importe aus der Schweiz seit 1980 immer kleiner geworden. Der Rückgang des Jahres 1984 gegenüber 1980 be-trägt ganze 150 Millionen Fran-ken. Ich kann nicht angeben, wieviel zerstörte Arbeitsplätze dies in der Schweiz bedeutet. Si-cher ist eines: Mittel- und lang-fristig hat das schweizerische Geschäft mit der brasilianischen Entwicklungsgigantomanie nie-mandem genützt.

Wir müssen nach anderen wirt-schaftlichen Lösungen suchen. Es sind jene, die mit sozialen und ökologischen Überlegun-gen im Einklang stehen. Ich bin sicher, dass eine Aussenwirt-

schaftspolitik gegenüber der Dritten Welt, welche sich an den Grundbedürfnissen, den Men-schenrechten und der Umwelt orientiert, langfristig auch im Interesse der schweizerischen Exportwirtschaft ist. Weniger kurzfristige und kurzsichtige Gewinne auf Kosten der Dritten Welt – dafür eine langfristige und weitsichtige Kooperation: Dies ist das Postulat einer soli-darischen Entwicklung.

Schriften zum Thema

So funktioniert die ERG

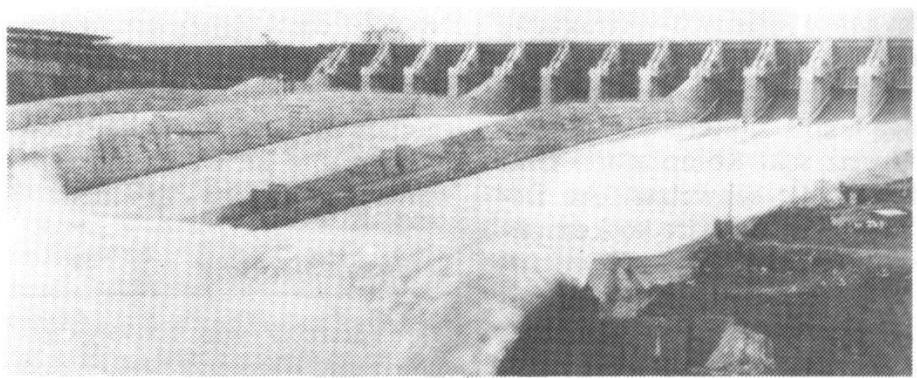
Zwei Publikationen des Institutes für Sozialethik

Das Verhältnis der Schweiz zu den Entwicklungsländern ist ein Problem mitmenschlicher Soli-darität, aber für die Schweiz auch ein wirtschaftliches und ar-betsmarktpolitisches Problem. Heute stecken die Entwick-lungsländer infolge ihrer hohen Verschuldung gegenüber den westlichen Industrieländern in einer schweren sozialen und wirtschaftlichen Krise. Mit ih-rem Exporteinnahmen vermögen manche Entwicklungslän-der nicht einmal mehr den anfal-lenden Zinsdienst zu leisten. Infolge Devisenmangel müssen sie ihre Importe drastisch kür-zen. Für die Schweiz bedeutet das schlechtere Absatzchancen für die Exportindustrie, unter Umständen ausbleibende Zah-lungen für bereits erfolgte Wa-renlieferungen und steigende Arbeitslosigkeit. Wir haben also allen Grund, uns mit dem Schicksal der Dritten Welt und mit der schweizerischen Ent-wicklungspolitik ethisch, wirt-schaftlich und arbeitsmarktpoli-tisch auseinanderzusetzen.

Eine ausgezeichnete Grundlage für diese Auseinandersetzung bietet die kleine Schrift «Exportrisikogarantie, internationale Verschuldung und schweizerische Entwicklungspolitik» von Markus Mugglin, herausgegeben vom Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (56 Seiten, Institut für Sozialethik, Entwicklungsstudien, Schürbachstr. 5, 8134 Adliswil, Fr. 8.-).

Die Exportrisikogarantie (ERG) ist eine Institution des Bundes, bei der folgende Risiken versichert werden können: Nichtbezahlen von Warenlieferungen infolge politischer Umwälzungen, von devisenrechtlichen Massnahmen staatlicher Notenbanken, Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsunwilligkeit der Schuldner, Währungsrisiken, fertiggestellte Waren können infolge politischer Ereignisse nicht geliefert werden. Das Institut ERG springt also ein, wenn der Schuldendienst für bei ihm versicherte Warenlieferungen nicht geleistet wird. Seit 1978 decken die Prämien an die ERG deren Ausgaben nicht mehr. Seit 1982 ist das Reservevermögen der ERG aufgezehrt. 1983 musste der Bund 350 und 1984 nochmals 200 Millionen Franken der ERG vorschliessen.

Die Schweizer Hilfswerke und die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas zusammen mit dem Institut für Sozialethik des Evangelischen Kirchenbundes der Schweiz verlangen von der ERG, dass sie in ihrer Versicherungspraxis Entwicklungspolitische Gesichtspunkte besser und gebührend berücksichtige. Es müssen vor allem die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer gestärkt werden, denn nur dann werden sie auch eine zahlungsfähige Nachfrage nach unseren Exportgütern entwickeln können. Nur so werden der Bund als Versicherer und die



Ein wirtschaftliches und ökologisches Abenteuer ersten Ranges: Wasserkraftwerk Itaipu in Brasilien. Teilfinanziert mit der Exportrisikogarantie. (Keystone)

Schweizer Exportindustrie und Banken vor unliebsamen finanziellen Überraschungen bewahrt. Die Hilfswerke fordern, dass sie und auch Vertreter der Umweltschutz- und Arbeitnehmerorganisation in der ERG-Kommission vertreten sind, die Versicherungsgesuche zu beurteilen hat. In der vorliegenden Schrift werden auch grosse Entwicklungsprojekte, zum Beispiel das Grosskraftwerk Itaipu in Brasilien und das Wasserkraftwerk Ataturk in der Türkei, sehr kritisch beurteilt und ihre grosse Entwicklungspolitische Problematik und die mit ihnen verbundenen grossen finanziellen Risiken für die Schweiz aufgezeigt.

Eine interessante Ergänzung dieser Publikation ist jene von Hans-Balz Peter: «Sozialethik und Entwicklungspolitik in der Schweiz» (33 Seiten, Institut für Sozialethik, Fr. 4.-). Der Verfasser zeigt, dass es manchen kirchlichen Kreisen schwer fiel, einzusehen, dass vor allem die Ursachen der Not in den Entwicklungsländern bekämpft werden müssen, dass es also nicht genügt, die Not in den Entwicklungsländern nur durch karitative Lebensmittel- und Medikamentenspenden sowie Berufsschulung zu lindern. Die Entwicklungspolitik muss sich einerseits befassen mit dem staatspolitischen Verhalten der Entwicklungsländer, mit dem Verhalten ihrer Unternehmen und

Institutionen, also mit allen lokalen Verhältnissen; anderseits mit den internationalen Handels- und Finanzbeziehungen, mit den internationalen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen. Aufgrund dieser Einsicht schuf der Schweizerische Evangelische Kirchenbund 1971 ein eigenes Institut für Sozialethik, das die Aufgabe hat, Entwicklungspolitische Probleme zu studieren und solche praktikablen Leitsätze für Entwicklungspolitische Entscheidungen zu begründen, die auch durch Strukturveränderungen mehr Gerechtigkeit und eine Eindämmung der sozialen Not in den Entwicklungsländern bewirken könnten. Nun, diese Aufgabe löst heute noch bei manchen Gliedern der Kirche und bei manchen Politikern mehr Befürchtungen, Angst und Unsicherheit aus, anstatt ein mutiges staats- und wirtschaftspolitisches Handeln, das an ein Beseitigen der Ursachen der Not in den Entwicklungsländern herangeht. Hoffentlich lassen sich dadurch das Institut für Sozialethik und die Kirchen nicht entmutigen und nicht abbringen von ihren richtigen Plänen und Einsichten. Es liegen also zwei kleine Schriften des Instituts für Sozialethik vor, die zu studieren sich aus entwicklungs- und arbeitsmarktpolitischen Gründen wirklich lohnt.

Jules Magri, Zürich